



Interviews

Datum: 11. August 2024

Jörg Münchenberg im Gespräch mit Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker und Publizist

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Münchenberg: Das Interview der Woche und dazu begrüßt Sie ganz herzlich Jörg Münchenberg. Anfang November wird in den USA ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin gewählt. Anlass für den Deutschlandfunk, sich in einer kleinen Serie in den Interviews der Woche mit den anstehenden Präsidentschaftswahlen und ihren Folgen – nicht zuletzt für Deutschland – aus den verschiedensten Blickwinkeln zu beschäftigen. Ein zentrales Thema wird natürlich die Wirtschaftspolitik sein. Und mir gegenüber, allerdings über 6.000 km entfernt, sitzt jetzt an diesem Donnerstagabend, an dem wir dieses Interview aufzeichnen, in New York der Wirtschaftshistoriker und Publizist Adam Tooze, der an der Columbia Universität lehrt. Herr Tooze, herzlich willkommen.

Tooze: Hallo.

Münchenberg: Hallo. Herr Tooze, zu Beginn der Woche war ja die Aufregung an den Weltbörsen doch ziemlich groß. Es gab Kursverluste. Ein Grund nicht zuletzt die Sorge, dass die USA, die größte Volkswirtschaft der Welt, in eine Rezession abrutschen könnte. Wie schätzen Sie das ein? Wie groß ist die Gefahr einer Rezession oder doch zumindest, dass die US-Wirtschaft deutlich abkühlen könnte?

Tooze: Man muss zunächst vor allem die Finanzmärkte in Amerika, die ja wirklich hyperaktiv sind, nicht verwechseln mit der zugrundeliegenden Volkswirtschaft. Sie sind natürlich Teil der amerikanischen Volkswirtschaft. Und wenn es richtig hart kommt auf der Wall Street, dann schlägt das natürlich auch auf Main Street, also auch in die amerikanische Gesellschaft und die amerikanische Wirtschaft, da schlägt es ein. Aber was wir jetzt in den letzten Tagen gesehen haben, ist im Grunde so eine Meta-Reaktion. Das heißt, die Märkte waren aufgestellt für eine Rezessionswahrscheinlichkeit von 15 Prozent. Und jetzt war aufgrund Nachrichten aus dem Arbeitsmarkt die Rezessionswahrscheinlichkeit nach der Rechnung von Goldman Sachs auf 25 Prozent angestiegen. Und dann muss man natürlich umverlagern, denn das ist eine höhere Wahrscheinlichkeit. Jetzt hatten wir neuerdings bessere Arbeitsmarktnachrichten. Dann wird sich der Markt etwas

beruhigen. Aber darum geht es. Das heißt also, die Märkte sind aufgestellt auf eine bestimmte Wahrscheinlichkeitskurve und die hat sich etwas in Richtung Rezession verschoben. Die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in Amerika bleibt immer noch relativ gering, also bei 25 Prozent.

Münchenberg: Genau. Aber jetzt, muss man sagen, steht die Wirtschaft eigentlich ganz gut da. Die Arbeitslosenrate 4,3 Prozent.

Tooze: Ja, genau, ist recht resilient.

Münchenberg: Genau.

Tooze: Ja. Darum ging es ja auch. Ich meine, die Fed hat ja gezögert, die Zinsen zu verringern, weil sie davon ausgegangen sind und immer noch davon ausgehen, dass die amerikanische Wirtschaft resilient ist und im Grunde da noch ziemlich viel Power drin ist.

Münchenberg: Ich frage das natürlich nicht ohne Grund, Herr Tooze. Denn die Frage ist natürlich schon: Wie sehr wird die Wirtschaftslage und die zumindest gefühlte hohe Inflation für viele Amerikaner, wie stark wird das den Präsidentschaftswahlkampf in den nächsten Monaten bestimmen?

Tooze: Ich meine, das war schon immer ein Thema. Das ist seit rund 18 Monaten ein Thema in den Umfragen in Amerika. Ich spreche lieber von einem Preisschock als von einer Inflation, weil Inflation noch klarer ist in der Eurozone. Inflation impliziert eine sich selbst tragende allgemeine Preisbewegung. Die hatten wir einfach nicht, weder in Amerika noch in Europa. Sondern es gab einen Preisschock. Das schlug aber sehr, sehr hart auf die Realeinkommen ein, in Amerika wie auch in Europa. Davon erholt man sich nicht so schnell, von den Verlusten, die ja da sind einmalig, aber auch von dem Schock, dass auf einmal alles doch wesentlich teurer geworden ist. Das hat die Stimmung sehr gedrückt. Und die eigentlich blendende wirtschaftliche Situation Amerikas war also gar nicht das Positivum für Biden, das man vermutet hat. Die These der Demokraten ist natürlich, dass mit Harris einfach im Grunde ein Reset da ist. Der Knopf wird gedrückt. Ihr wird das nicht angelastet, wie es Biden angelastet worden ist. Die Republikaner werden darauf einhämmern noch und nöcher. Ich meine, das war ja bei ihrem Parteitag wirklich markant, wie Inflation immer wieder zum Thema gemacht wurde. Und wir wissen aus den Umfragen wie polarisiert selbst die Einschätzung der Wirtschaftslage in Amerika ist.

Münchenberg: Das heißt natürlich auch, das ist schon auch eine Hypothek jetzt für die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris, oder?

Tooze: Sie wird dem nicht ohne Weiteres entkommen können, vermute ich. Worauf ich hinaus will, ist, dass es nicht klar ist, inwieweit die Demokraten insgesamt wirklich eingreifen können in das Lager der Republikaner, da die Leute umstimmen können. Es geht ja in diesem Wahlkampf um ein paar Hunderttausend Stimmen insgesamt in einem Land von fast 340 Millionen Menschen in einigen Wahlkreisen, in einigen Bundesländern. Darum geht es. Das Verhältnis zwischen den Makro-Fakten in gewisser Weise der amerikanischen gesellschaftlichen und ökonomischen Lage und dem Wahlausgang ist sehr, sehr vermittelt.

Münchenberg: Inwieweit ist denn eigentlich schon klar, welche Schwerpunkte Harris jetzt in der Wirtschaftspolitik setzen wird, wenn sie eben auch noch unentschlossene Wähler ansprechen will?

Tooze: Noch schwer zu sehen. Also allzu viel Programmatik haben wir in diesem Wahlkampf bisher insgesamt nicht gehabt. Das ist ja auch nicht das Thema. Das Thema ist Trump oder irgendjemand anderes. Und jetzt Harris und Walz. Darum geht es. Es geht also wirklich um Persönlichkeiten. Das ist nicht jetzt abwegig zu sagen. Es ist ja nicht so, dass in gewisser Weise meine Position zur Handelspolitik mich in Sachen Trump umstimmen sollte. Trump wählt man oder wählt man nicht aus anderen Gründen. Was wir interessanterweise bei Harris sehen, ist im Grunde Kontinuität. Sie war ja bei allem mit dabei und hat die entscheidende Stimme zum Beispiel abgegeben für den Inflation Reduction Act. Ist also Teil des Bidenomics-Programms. Harris ist keine Progressive. Sie gehört wirklich zur Mitte, zu den Zentristen innerhalb der Partei, aber in bestimmten Fragen, vor allem in Sachen Gender zum Beispiel und Dienstleistungsgesellschaft, ist sie wirklich progressiv getrimmt. Das heißt, der ursprüngliche Plan der Biden Administration, Mutterschutz, fundamentale Dinge, Kinderbetreuung, all das sollte Teil eines Care-zentrierten, ökonomischen, gesellschaftlichen Entwurfs sein. Und all das ist ja unter die Räder geraten durch die Verhandlung vor allem im Kongress. Und was rausgekommen ist, ist Industriepolitik pur. Und Harris setzt da, glaube ich, andere Schwerpunkte und man darf hoffen, dass mit ihr gewisser Weise diese andere Linie kommt. Man ist versucht zu sagen sanfter, aber damit hat es überhaupt nichts zu tun. Es geht um Realismus. Wo arbeiten eigentlich arbeitende Menschen in Amerika? Es ist nicht in industriellen Fabriken, genauso wenig auch in Deutschland, sondern in Dienstleistungsstellen, im Dienstleistungssektor. Und da geht es um andere Themen. Und ich denke, Harris ist dafür zu haben und Walz übrigens auch.

Münchenberg: Das ist ja sozusagen jetzt die Binnensicht, die amerikanische. Aus europäischer Sicht ist die Handelspolitik wichtig. Und hier muss man ja auch sagen, hier hat ja Biden faktisch schon einen knallharten Kurs oder den knallharten Kurs seines Amtsvorgängers gegenüber China festgehalten. Also, Biden, manche

bezeichnen ihn ja auch schon fast als Handelskrieger. Ist denn da schon irgendwie absehbar, wie sich Kamala Harris positionieren wird in der Handelspolitik?

Tooze: Es gibt keinen Grund, glaube ich, zu denken, dass sie von dieser Linie abweicht, eher nicht in dem Sinne, dass es da verschiedene Dimensionen gibt. Es gibt die geopolitische Dimension. Die ist, genau wie Sie sagen, vor allem gegen China gerichtet. Und es geht nicht nur um Handelskrieg, sondern um Wirtschaftskrieg. Also wirklich eine umfassende, man sagt „Westernization“, also das Umfunktionieren der Wirtschaftspolitik zur Waffe in diesem großen geopolitischen Machtkampf. Aber es gibt auch die gesellschaftspolitische Seite der amerikanischen Kehre gegen Freihandel. Und da ist Harris ziemlich klar auf Linie, in dem Sinne, dass sie jemand ist, die Protektionismus aus amerikanischer Perspektive betreibt, um das Gleichgewicht, das gesellschaftliche Gleichgewicht neu auszutarieren. Und in der Großthese der Demokraten geht es ja darum gewisser Weise, die Fehler der demokratischen Eliten, unter anderem in den 90er Jahren wiedergutzumachen. Also es ist eine Wende gegen Clinton. Clinton, der NAFTA gemacht hat, der China in die WTO geholt hat, also der Globalisierungspräsident. Es geht darum, das wiedergutzumachen. Und da ist sie ziemlich auf Linie. Sie haben vollkommen Recht, Biden war ja auch für die Europäer zeitweilig ein sehr ungemütlicher Partner. Ist natürlich transatlantisch getrimmt und vor allem in Sachen Ukraine stramm. Aber bei der Handelspolitik war es ja richtig ungemütlich. Und dass die Amerikaner das System schützen, das heißt zur WTO und sein Streitschlichtungsverfahren und Entscheidungsverfahren stehen, das ist Geschichte. Das ist vorbei. Da finden Sie niemanden mehr in Washington, der dazu steht. Und das ist ja im Grunde für die Europäer vor allem das Entscheidende, weil Europa ja wirklich ein fundamentales Interesse an diesem multilateralen System hat und sich schwertut dabei, sich davon zu verabschieden. Jetzt steht es überhaupt nicht mehr zur Debatte.

Münchenberg: Im Interview der Woche des Deutschlandfunks heute der Wirtschaftshistoriker und Publizist Adam Tooze. Herr Tooze, über Harris haben wir jetzt gesprochen. Schauen wir mal auf den Konkurrenten, Ex-Präsident Donald Trump. Der sagt, unter seiner Ägide war sowieso alles besser. Nun hat er ja auch schon wieder sehr radikale Vorschläge gemacht, wenn er gewinnen sollte, nämlich die faktische Abschaffung der Einkommensteuer, dafür die Einführung eines Importzolls von 10 Prozent auf alle ausländischen Produkte. Wie ernst muss man diesen Vorschlag nehmen, der ja doch massive Auswirkungen hätte?

Tooze: Ja, bei Trump weiß man das wirklich nicht. Und Sie können auch sehr, sehr gut informierte Expertinnen ... ich meine, ich kenne diese Leute aus Treffen in New York und Washington, die sich beruflich mit dem amerikanischen politischen System beschäftigen und die sagen alle, das hat überhaupt keinen Sinn sich vorzustellen,

dass wir im Voraus abschätzen können wie es in einem Trump Weißen Haus aussehen wird diesmal. Denn wir wissen wie es beim ersten Mal lief. Und er hatte ja wirklich vor zum Beispiel NAFTA abzuschaffen. Und NAFTA betrifft ja ... das ist ja als würde Deutschland wirklich von einem Tag zum anderen entscheiden, sich aus der EU zu lösen.

Münchenberg: Es ist ein Handelsabkommen mit Mexiko.

Tooze: Ja, mit Mexiko und mit Kanada.

Münchenberg: Und mit Kanada, genau.

Tooze: Und das sind bei Weitem die größten Handelspartner Amerikas. Amerika ist ja keine besonders globalisierte Wirtschaft. Es ist eine regionale Macht, vor allem im Verhältnis zu seinen zwei Nachbarn und sonst einfach nur groß und reich. Aber nicht strukturell verbunden mit der Weltwirtschaft wie europäische Staaten. Und trotzdem, es gab wirklich wohl eine Nacht, wo alle wussten, okay, jetzt macht er es und er unterschreibt irgendwie da so eine Presidential Order/Executive Order. Und die Lobbyisten haben massiv mobilisiert. Vor allem die Landwirte waren wohl letztendlich entscheidend. Die kamen dann mir irgendeiner ... nicht Power-Point-Präsentation, sondern mit irgend so einem Flipchart wohl ins Oval Office und sagten: Herr Präsident, verstehen Sie, die amerikanischen Bauern lieben NAFTA. Und dann meinte er wohl: Ah, ist das wahr? Die amerikanischen Bauern lieben mich. Ja dann, wir machen es nicht, okay, gut. Ich verstehe. Lasst uns das neu verhandeln. Das ist das fürchterlichste und schlechteste Abkommen der Welt. Das muss weg. Das müssen wir ... okay, lasst uns das beste Abkommen daraus machen. Und alle ExpertInnen sagen, zwischen dem einen und dem anderen gab es Verschiebungen. Sie sind nicht unwesentlich, aber zum Teil auch sehr interessanter Art. Ich meine, der Lighthizer zum Beispiel, der eine entscheidende Rolle spielen wird in der amerikanischen Wirtschafts- und Handelspolitik, ist jemand, der so ein bisschen sozial getrimmt ist, der wirklich so eine national ... ich will nicht sagen national-soziale Position hat, aber darauf läuft es hinaus, ein patriotisches amerikanisches Austarieren des gesellschaftlichen Gleichgewichtes über die Handelspolitik.

Münchenberg: Aber noch mal. 10 Prozent Auslandstarif, das wäre ja schon ein massiver Aufschlag für alle Exportnationen dieser Welt.

Tooze: Ja.

Münchenberg: Gleichzeitig eben Abschaffung der Einkommensteuer. Also, wie wird das in den USA diskutiert? Ist das was, wo auch manche sagen, das ist eigentlich eine ganz gute Idee?

Tooze: Ich meine, es gibt Falken in Sachen Globalisierung, Industriepolitik, die sagen, irgendwas muss her, um diese massiven Ungleichgewichte auszutariieren. Ich glaube nicht, dass es viele gibt, die sagen, ein allgemeiner zehnpromzentiger Zoll würde da viel helfen und vor allem in Beziehung zu Mexiko und Kanada geht das nicht, denn das sind ja wirklich Verbundsysteme. Da werden Autoteile hin und her geschoben zwischen Fabriken auf beiden Seiten der Grenze. Da kann man nicht jeweils immer wieder einen zehnpromzentigen Zoll draufschlagen. Das geht nicht. Das heißt, man muss es als Effekt lesen. Man muss das als quasi emotionale weltbildähnliche Vorstellung sich vorstellen, indem in gewisser Weise Trump andeutet, jetzt ist es ernst, jetzt ist es umfassend. Alle ausländischen Güter, egal, wo sie herkommen, nicht nur die aus China, sind jetzt im Visier. Das muss her. Und darüber hinaus lohnt es sich, ehrlich gesagt, nicht so sehr, ins Detail zu gehen.

Münchenberg: Aber Sie vorhin das ja schon auch beschrieben. Er ist ja bekannt gewesen als Präsident, dass er äußerst erratisch war. Und man musste damals noch immer auf Twitter gucken – damals hieß es noch Twitter – was der Präsident jetzt am Morgen vom Stapel lässt.

Tooze: Ja.

Münchenberg: Aber ist er jetzt nicht doch deutlich besser vorbereitet?

Tooze: Ja, spät nachts war immer das Problem, wenn er dann im Bett lag wohl oder was weiß ich, wie wir es alle kennen. So um 2.00 Uhr morgens, 3.00 Uhr morgens hat er sich da irgendwas hat einfallen lassen. Ja, sie werden besser vorbereitet sein. Denn das gehört ja zu dem Unglaublichen an der 2016er Geschichte, dass die Trump-Leute ja selbst nicht glaubten, dass sie gewinnen. Also bis zu dem Abend, als es dann geschah und sie merkten, oh, mein Gott, jetzt gewinnen wir, jetzt müssen wir das machen. Sie waren überhaupt nicht darauf vorbereitet. Diesmal ist es anders, ja. Und es kann deshalb auch ernster kommen. Aber letztendlich geht es dann um den Machtkampf zwischen verschiedenen Fraktionen, die sich alle auf diesen Moment vorbereiten. Und da gibt wirklich ein breites Spektrum innerhalb des Trump-Lagers zwischen eher pragmatisch orientierten, rechten, konservativen Nationalisten natürlich und wirklichen Ideologen wie Peter Navarro zum Beispiel, der jetzt gerade aus dem Gefängnis gekommen ist oder Bannon oder die Leute, zu denen Trump in gewisser Weise dann doch eine Treue zeigt, von denen man erwarten kann, dass sie mit einer solchen Wut - ich meine, sie waren ja wirklich im Knast, dass sie dann wirklich wütend werden, wenn es überhaupt dazu kommt, dass sie an die Macht kommen. Aber ich meine, es geht ja hin und her. Er hat ja zum Teil also wirklich ultrakonservative Vorschläge auch gemacht, dass er jetzt den Boss von J.P. Morgan vielleicht gerne im Schatzamt sehen würde oder so was. Ich meine, das gehört auch

zum Trump-Bild. Und im Grunde war er doch bester Buddy von Xi Jinping. Und schlimm wurde es nur mit COVID und im Grunde sollte man zu einem Deal zurückkommen können. Ich meine, das ist ja so dieser Tump'sche Effekt. Das ist nicht Systematik. Da steckt wenig Weltbild dahinter. Es sind mehr so obsessive Themen, die immer wiederkehren. Und seit den 80er Jahren hämmert er auf diesem Handelsungleichgewicht-, Importgüter-Thema herum. Und dass das wiederkehrt ... es wäre erstaunlich, wenn das nicht der Fall wäre.

Münchenberg: Im Interview der Woche des Deutschlandfunks heute Adam Tooze. Er ist Wirtschaftshistoriker, lehrt an der Columbia Universität in New York und zugleich bekannter Publizist. Nun haben wir darüber gesprochen, was sich in den USA wirtschaftspolitisch ändern könnte unter einem Präsidenten Trump oder einer Präsidentin Harris. Stellt sich natürlich die Frage: Was bedeutet das alles für Europa? Sie sagen ja letztlich, eigentlich muss sich doch die Bundesregierung und auch die deutschen Unternehmen, egal, wer im nächsten Jahr im Weißen Haus sitzt, auf deutlich härtere Zeiten einstellen.

Tooze: Ja, ich meine, Harris wäre natürlich für Europa viel besser. Das ist klar. Da ist auch eine Kontinuität in außenpolitischen Themen zu erwarten. Sie rekrutiert scheinbar vor allem aus der alten Obama-Riege. Ich denke, es gibt eine klare europäische Präferenz. Aber es ist unbestreitbar der Fall, dass die Kontinuität in der amerikanischen Politik im Moment im Grunde in der eskalierenden Spannung mit China liegt. Das ist das Zentrum der amerikanischen Außenpolitik in jeder Hinsicht.

Münchenberg: Aber da wirft man ja Deutschland immer wieder vor, es wurschtelt sich da eher so ein bisschen durch.

Tooze: Genau.

Münchenberg: Auch wegen der enormen handelspolitischen Abhängigkeit natürlich von China. Ist das dann auch noch durchzuhalten, wenn Biden sich aus dem Weißen Haus verabschiedet hat?

Tooze: Ich meine, es wurde schon unter Biden bisschen schwierig. Das wird noch schwieriger werden. Aber das ist die treibende Kraft. Das Verhältnis Amerikas und des Weißen Hauses in Washington zu Europa wird bestimmt in gewisser Weise durch diese anderen Machtkonstellationen. Bei den Demokraten hat man das Gefühl, dass sie noch in der Lage sind, multipolar zu denken und in gewisser Weise Ukraine noch mitzudenken und Russland noch mitzudenken. Das heißt, Europa hat dann eine eigenständige und wichtige Funktion auch in diesem Rahmen. Aber selbst bei ihnen ist es immer mehr fokussiert auf China. Und bei den Trump-Leuten ist es schwer abzusehen, aber dass sie Europa freundlich gesinnt sind, das wissen wir von

vornherein nicht. Und eine Begegnung Scholz, Trump muss man ja wohl mit Schrecken erwarten. Ja, in jedem Fall. Und ich meine, Merkel hat es doch schon 2017 ausgesprochen und wie üblich hat man acht Jahre lang nicht genug getan. Das heißt, sie hat damals, es ging, glaube ich, um den Rückzug Amerikas aus dem Pariser Klimaabkommen – da hat sie in München verlautbaren lassen, Europa kann nicht auf seine Freunde zählen. Es muss auf seinen eigenen Füßen stehen. Und das ist genau richtig. Und das wollen die Amerikaner auch. Ob sie mit den sehr, sehr smarten Leuten um Biden und Harris herum reden oder mit den etwas wirreren Leuten um Trump herum, alle sind der Meinung, dass es offensichtlich der Fall ist, dass Europa auf seinen eigenen Füßen stehen sollte. Die Trump-Leute tendieren dazu, alles so zynisch zu denken, dass im Grunde dann wirklich eine Multipolarität eintritt. Das heißt also, die Europäer verfolgen dann egoistisch in gewisser Weise ihre regionalen, nationalen Interessen zum Teil auch gegen Amerika. Das ist ja ihre Grundannahme über das Verhalten der Europäer jetzt, dass sie einfach Freerider sind und den Sicherheitsschutz Amerikas zynisch ausbeuten. Die Demokraten haben da eine andere Position. Sie betrachten Europa wirklich als Alliierte. Aber auch für sie ist die Frage: Warum tun die Europäer nicht mehr? Nicht nur aus Abhängigkeit, sondern in gewisser Weise auch aus einfach nur Selbstwert. Ich meine, wie kann es sein, dass die europäischen Staaten sich mit einer solchen Situation zufriedengeben? Und ich meine, da ist Deutschland natürlich an allererster Stelle einfach. Wie kann es sein, dass ein Land wie Deutschland das als zufriedenstellend und ausreichend betrachtet, die Situation dieser völligen Abhängigkeit?

Münchenberg: Herr Tooze, nun ist ja gerade die USA mittlerweile der wichtigste Handelspartner für Deutschland. Deutschland ist eine große Exportnation, lebt von den offenen Märkten. Wenn aber jetzt so was käme wie zum Beispiel eben ein zehnprozentiger Zoll, den Trump ja zumindest erwogen hat, dann hieße das doch im Umkehrschluss, Deutschland muss sich da schon auch auf Wohlstandsverluste einstellen.

Tooze: Klar. Nur, man muss das auch quantitativ bestimmen und man darf nicht in gewisser Weise in eine Panikmache verfallen. Wir reden über Anteile von Anteilen. Das heißt also, der Export nach Amerika macht ein paar Prozentpunkte des deutschen BIPs aus und von denen gehen dann ein paar Prozentpunkte verloren. Ich habe Rechnungen gesehen, die die Verluste für die deutsche Wirtschaft auf, was weiß ich, ein oder zwei Prozent höchstens berechnen. Das heißt also, von Wohlstandsverlust zu reden, ist schon sehr, sehr weit hergeholt. Es ginge der deutschen Wirtschaft, Teilen der deutschen Wirtschaft schlechter als es ihnen sonst gehen würde, ist klar. Wenn Deutschland irgendein Wachstum aufweisen würde, dann würde man das kaum merken, denn die Verluste wären dann

wiedergutmacht durch das Wachstum. Das Problem ist, dass die deutsche Wirtschaft insgesamt stagniert. Und da denke ich, dass man vor allem zu Hause schauen sollte nach den Problemen innerhalb Deutschlands.

Münchenberg: Aber das ist ja ein wichtiger Punkt. Also Sie sprechen es an. Wir haben eine Wirtschaftsschwäche in Deutschland.

Tooze: Ja.

Münchenberg: Es gibt enormen Investitionsbedarf.

Tooze: Genau.

Münchenberg: Bürokratie ist hoch, Energiepreise auch.

Tooze: Und Schuldenbremse.

Münchenberg: Schuldenbremse, genau.

Tooze: Wir kennen das. Ich meine, es ist ja alles durchgerechnet. Deutschland braucht 400 Milliarden Euro Investitionen, einfach nur, um in gewisser Weise auf ein anständiges Niveau zu kommen. Da ist ehrlich gesagt die Handelspolitik Amerikas im Vergleich dazu ein sehr, sehr kleinkariertes Problem. Genau wie in Amerika auch, ich meine, in der Handelspolitik ist vor allem auch die Externalisierung ein Problem. Man sucht sich in gewisser Weise den Buhmann außerhalb. Amerikas Probleme sind ja auch nicht auf die Globalisierung zurückzuführen. Das ist eine vollkommen unhaltbare These. Der Anteil der Globalisierung ist einfach viel zu gering in Amerika. Natürlich, in einer sehr, sehr großen Gesellschaft wie in Amerika, Arbeitsmarkt und fast 170 Millionen Menschen sind einige Millionen Jobs vielleicht durch die Globalisierung verloren gegangen. Aber das ist ein Prozent vielleicht, 1,5, zwei Prozent. Und Konsumenten haben natürlich sehr viel davon, dass sehr, sehr billige Waren aus dem Ausland kommen. Das gleicht sich also aus. Ich glaube, das Gleiche gilt auch für Deutschland, obwohl natürlich Deutschland viel globalisierter ist. Die großen Probleme der Wirtschaftspolitik Deutschlands sind zu Hause zu finden. Und das ist auch die Antwort auf mögliche Bedrohungen, die von der amerikanischen Handelspolitik kommen würden. Zu Hause mehr investieren, das ist das Alpha und Omega der Situation.

Münchenberg: Letzte Frage: Wenn jetzt Trump doch wieder Präsident werden würde - es gab ja schon unter seiner ersten Präsidentschaft fast einen Handelskrieg, fast. Den konnte man dann mit Mühe abwenden. Droht da nicht jetzt trotzdem ein Déjà-vu, wenn er doch die Wahlen gewinnen sollte?

Tooze: Ja, absolut. Ja, ich würde davon ausgehen. Er wohl auch, Trump auch. Ich denke, es wird eine der Sachen, die er zuerst macht, wieder Sticheleien mit den Europäern. Ich meine, wenn er überhaupt an Europa denkt. Aber er ist ja viel unterwegs, auch in Europa. Er mag ja Golf und so. Er kennt sich in Europa ziemlich gut aus. Und, nein, das ist bestimmt die Realität, die kommt. Ja, die Biden-Leute haben ja versucht im Rahmen des Möglichen, Konflikte zu entschärfen. Darum geht es ja bei den Trump-Leuten vor allem. Die strukturellen Bedingungen auch in Sachen China sind ja gegeben. Die Frage ist, wie man mit diesen Problemen umgeht. Und bei Biden - das Wenigste, was man sagen kann, auch in Sachen Ukraine, dass sie versucht haben, Eskalation einzudämmen. Und bei den Trump-Leuten kann man das nicht ohne Weiteres voraussetzen. Und gerade Europa ist für sie so ein Kampf, den sie sich vermutlich unter anderem auch wünschen. Ich meine, die Handelsüberschüsse sind ja massiv. Also der bilaterale Überschuss Deutschlands mit Amerika spricht für sich selbst. Da ist ein riesiges Ungleichgewicht. Und es ist nicht nur eine Frage der globalen Arbeitsteilung dort, sondern eine strukturelle Sache, die von der deutschen Seite durch die mangelnde Nachfrage zu Hause nicht ausgeglichen wird, obwohl das natürlich für Amerika nur grenzwertig Wirkung hätte. Aber makroökonomisch ist klar, genau, wie Sie es gesagt haben, Deutschland ist eine Wirtschaft, die zu sehr vom Export abhängig ist. Und Leute wie Lighthizer haben dafür überhaupt keine Geduld.

Münchenberg: Herr Tooze, danke schön für das Interview.